

UNSERE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN ZUM THEMA:

- Klimaschutz wird im Einklang mit den Menschenrechten umgesetzt. Alle Klimaschutzmaßnahmen und der Übergang von fossilen zu erneuerbaren Energien werden menschenrechtskonform ausgestaltet (Just Transition).
- Die Bundesregierung strebt auf internationaler Ebene multilaterale Lösungen und eine ambitioniertere Klimapolitik anhand menschenrechtlicher Kriterien an. Im Sinne der historischen Verantwortung der Staaten des Globalen Nordens müssen Mittel für die Klimafinanzierung erhöht und zusätzliche Mittel zur Wiedergutmachung von klimabedingten Verlusten und Schäden zur Verfügung gestellt werden.
- Der Einsatz für Klimagerechtigkeit muss intersektional sein – und sich somit immer auch gegen jede Form von Ausbeutung genauso wie verschiedene, sich häufig überschneidende und gegenseitig verstärkende Formen von Diskriminierung wie Rassismus, Sexismus und Klassismus richten.
- Die Begrenzung der globalen Erwärmung auf 1,5 Grad ist eine menschenrechtliche Verpflichtung. Die Bundesregierung muss umgehend einen konkreten Fahrplan in allen Sektoren vorlegen, wie sie das 1,5 Grad-Ziel erreichen will.
- Die Bundesregierung nimmt Unternehmen in die Verantwortung, ihren Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen zu leisten und Menschenrechte zu achten.

Weitere Infos findest du unter [amnesty.de/klima](https://www.amnesty.de/klima)



© Amnesty International / Jarek Godlewski

Klimastreik in Berlin

AMNESTY INTERNATIONAL setzt sich auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte für eine Welt ein, in der die Rechte aller Menschen geachtet werden. Die Stärke der Organisation liegt im Engagement von weltweit mehr als zehn Millionen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen. Gemeinsam setzen sie sich mit Mut, Kraft und Kreativität für eine Welt ohne Menschenrechtsverletzungen ein. 1977 erhielt Amnesty den Friedensnobelpreis.

Amnesty ist insbesondere aktiv

- für die Freilassung von Menschen, die allein deshalb inhaftiert sind, weil sie friedlich ihre Überzeugung vertreten, oder die wegen ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Religion oder wegen rassistischer Zuschreibungen verfolgt werden
- für die Rechte von Menschen auf der Flucht
- für die Rechte von Frauen und Mädchen
- für die Verhinderung von Folter, Todesstrafe und politischem Mord
- für den Schutz derjenigen, die die Menschenrechte verteidigen
- für wirksame Kontrollen des Waffenhandels
- für die Förderung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte
- für das Recht auf Privatsphäre
- für die Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen und die Bestrafung der Verantwortlichen
- für eine menschenrechtsbasierte Klimapolitik
- gegen Rassismus und Diskriminierung

Es gibt viele Möglichkeiten, sich mit Amnesty einzusetzen:

[amnesty.de/mitmachen](https://www.amnesty.de/mitmachen)

Amnesty finanziert sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Regierungsgelder lehnt Amnesty ab, um finanziell und politisch unabhängig zu bleiben.

Dein Beitrag ermöglicht unsere Unabhängigkeit: [amnesty.de/spenden](https://www.amnesty.de/spenden)

AMNESTY INTERNATIONAL DEUTSCHLAND E. V.

Zinnowitzer Straße 8 · 10115 Berlin

T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-488 · E: info@amnesty.de · W: [amnesty.de](https://www.amnesty.de)

SPENDENKONTO · DE23 3702 0500 0008 0901 00 · Bank für Sozialwirtschaft · BFSWDE33XXX

© Amnesty International, August 2022, V.i.S.d.P. Anton Landgraf
Klimaneutral gedruckt auf 100% Recyclingpapier

twitter.com/amnesty_de [instagram.com/amnestydeutschland](https://www.instagram.com/amnestydeutschland)

[facebook.com/amnestydeutschland](https://www.facebook.com/amnestydeutschland)



**AMNESTY
INTERNATIONAL**



KLIMA GERECHTIGKEIT JETZT!



Klimastreik in Islamabad

KLIMAGERECHTIGKEIT BRAUCHT MENSCHENRECHTE

Hitzewellen, Wasserknappheit, Hungerkatastrophen: Die Klimakrise stellt eine elementare menschenrechtliche Herausforderung dar. Sie gefährdet besonders Menschen im Globalen Süden, verstärkt Ungleichheiten und drängt bereits von Diskriminierung betroffene Menschen weiter an den Rand der Gesellschaft. Damit zukünftige Generationen in einer lebenswerten, gerechten und sicheren Welt leben können, muss die Bundesregierung eine ambitionierte und menschenrechtsbasierte Klimapolitik verfolgen.

Schon heute bedroht die Klimakrise Menschenrechte weltweit: Menschen verlieren ihren Wohnraum durch Überschwemmungen, hungern infolge von Dürren oder erleiden Krankheiten aufgrund von Hitzewellen. Die Verantwortung für die immer gefährlicher werdenden Auswirkungen der Klimakrise liegt dabei klar beim Globalen Norden und ist auch stark mit dem europäischen Kolonialismus verbunden. Durch seine historischen Emissionen und seine Kolonialgeschichte hat auch Deutschland massiv zum jetzigen Stadium der Klimakrise beigetragen – und ist daher menschenrechtlich in der Verantwortung mit allen Mitteln eine effektive Klimaschutzpolitik zu verfolgen. Sich dabei an der 1,5-Grad-Grenze zu orientieren, ist menschenrechtliche Pflicht.

Eine unzureichende Klimaschutzpolitik setzt eine menschenrechtsfeindliche Kettenreaktion in Gang, von der Menschen im Globalen Süden und marginalisierte Gruppen im Globalen Norden besonders betroffen sind. Der Einsatz für Klimagerechtigkeit muss solidarisch, antirassistisch, sozial und global gerecht gedacht und geführt werden – in Deutschland und weltweit.

Umweltbelastungen durch große Konzerne und politische Maßnahmen dürfen nicht zulasten der Menschen im Globalen Süden gehen. In politische Entscheidungsprozesse müssen Menschen aus dem Globalen Süden maßgeblich einbezogen und ihre Expertise anerkannt werden. Nur so kann ein Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit gelingen. Die Bundesregierung muss Verantwortung für die hauptsächlich von Ländern des Globalen Nordens verursachte Klimakrise übernehmen und Länder des Globalen Südens bei der Bewältigung der Klimakrise angemessen unterstützen. Dazu gehört, die Rechte von Menschen auf der Flucht vor der Klimakrise zu achten. Auch der Einsatz für die Achtung der Rechte von Klima-Aktivist*innen aus dem Globalen Süden und die Unterstützung ihrer Anliegen ist Teil dieser Verantwortung.

Amnesty International fordert alle politischen Entscheidungsträger*innen dazu auf, die Klimakrise als Menschenrechtskrise anzuerkennen, prioritär zu bekämpfen und sich für eine unteilbare menschenrechtsbasierte Klimaschutzpolitik einzusetzen.

KLIMAGERECHTIGKEIT BRAUCHT AKTIVISMUS

Mehr zur Arbeit der Themengruppe „Klimakrise und Menschenrechte“:

Instagram @amnesty_klimakrise

Twitter @AIKlimakrise

Website amnesty-klimakrise.de

Bei Nachfragen oder wenn du Lust hast, bei uns mitzuarbeiten, freuen wir uns über deine Mail an kontakt@amnesty-klimakrise.de



Unterstütze mit deiner Unterschrift unsere Online-Aktion für Jani Silvas Sicherheit und weitere Aktionen zu Klima- und Umweltschutz!



Die kolumbianische Umweltaktivistin **Jani Silva** riskiert für den Schutz ihrer Heimat ihr Leben. Gold, Öl und Coltan lagern im Amazonas-Gebiet. Bewaffnete Gruppen, Drogenkartelle, das Militär und Ölonternehmen haben es auf die dort gelegene Region Putumayo abgesehen. Jani Silva hat sich mit ihrem Kampf für dieses Ökosystem mächtige Feinde gemacht. Immer wieder drohen Unbekannte, sie umzubringen. Jani Silva weist auf soziale und ökologische Folgen der Erdölförderung hin. Sie unterstützt Initiativen zur Wiederaufforstung. Und sie kämpft für die Rechte von Kleinbäuer*innen, die vertrieben werden sollen.

Alle bisher ergriffenen staatlichen Schutzmaßnahmen können Jani Silvas Sicherheit nicht nachhaltig gewährleisten. Ihre gesamte Gemeinde muss unter kollektiven Schutz gestellt werden.

Beteilige dich jetzt an der Online-Aktion an das kolumbianische Innenministerium: www.amnesty.de/jani-silva